

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 86 845 ppbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Professor Dr. Uwe Holtz MdB
zum Wechsel in der Führung
des Finanz-Instituts: Erwartun-
gen an die Osteuropa-Bank.

Seite 1

Detlev Samland MdEP zur
Präsenz der 'Reps' im Euro-
päischen Parlament: Ja zu den
Diäten, Nein zur Arbeit.

Seite 3

Rudolf Scharping zum 80. To-
destag von August Bebel: Ein
motivierendes Vermächtnis.

Seite 4

48. Jahrgang / 152

12. August 1993

Erwartungen an die Osteuropa-Bank Zum Wechsel in der Führung des Finanz-Instituts

Von Professor Dr. Uwe Holtz MdB
Vorsitzender des Bundestage-Ausschusses für wirtschaftliche
Zusammenarbeit
Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Deutschen
Bundestages

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Osteuropa-Bank) muß sich endlich wieder auf die Erfüllung ihrer eigentlichen Ziele konzentrieren können: auf die Förderung des demokratischen und wirtschaftlichen Übergangsprozesses in den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie privater und unternehmerischer Initiativen. Deshalb braucht die Bank nach dem Rücktritt ihres ersten Präsidenten Jaques Attali einen neuen Präsidenten, der fachlich geeignet ist und sich in der Entwicklungsproblematik auskennt. Die Wahl steht in diesen Tagen an.

Der Bundesfinanzminister, der einer der Gouverneure der Bank ist, wäre gut beraten, wenn er sich für die Wahl des Gouverneurs der französischen Notenbank, Jaques de Larosiere, der zwischen 1978 und 1987 Präsident des Internationalen Währungsfonds war, stark machen würde. Dieser hatte seinerzeit beim Währungsfonds lernen müssen, daß bei den Umstrukturierungsprozessen von Gesellschaften und Wirtschaften neben den finanziellen und ökonomischen Aspekten auch soziale und politische Faktoren von großer Bedeutung sind und daß man nicht alle Länder über denselben Leisten schlagen darf. Die von der Bundesregierung unterstützte Wahl Larosieres zum neuen Präsidenten der Osteuropa-Bank könnte auch den Willen unterstreichen, daß Deutschland zusammen mit Frankreich die treibende Kraft beim Zusammenwachsen Europas sein muß. Im übrigen wäre es wünschenswert, wenn Deutschland selbst mit einer Persönlichkeit ähnlichen Kalibers bei der Bank aufwarten könnte.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217, 53113 Bonn
Postfach 120408, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtt.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Printed in Germany
mit vorwiegend recyceltem
Papier



In den letzten Monaten hatte die in London ansässige Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in den Medien eine relativ große Aufmerksamkeit gefunden. Das ist zu begrüßen, weil solche Institutionen auch der Öffentlichkeit gegenüber rechenschaftspflichtig sind. Der Anlaß für das Medieninteresse war allerdings weniger erfreulich. Der Rücktritt von Bankpräsident Attali war die Konsequenz aus der Kritik an seinem persönlichen Schalten und Walten, an verschwenderischen Ausgaben (wie z. B. Luxusmarmor in der Bankzentrale) und an den Bankaktivitäten insgesamt. Die Bundesregierung ist aufgefordert, mit dafür zu sorgen, daß zukünftig alle Bankaktivitäten strengeren Kontrollen und Revisionen unterliegen, im Bereich der inneren Verwaltung strikte Sparmaßnahmen befolgt werden und auf übertriebene Repräsentationsformen verzichtet wird. Insgesamt ist darauf zu achten, daß Steuergelder sinnvoll verwendet und die der Bank anvertrauten Finanzmittel den Zielen entsprechend eingesetzt werden. Es wäre gut, wenn die Bundesregierung selbst einen Beitrag für eine neue Qualität der Arbeit der Osteuropa-Bank dadurch leisten würde, daß sie auch bei den von deutscher Seite aus zu besetzenden Posten überzeugende personelle Vorschläge unterbreiten würde.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates, die als parlamentarisches Forum der Osteuropa-Bank agiert, hat jüngst an die Bank zu Recht die Mahnung gerichtet, diese möge sich jetzt mit aller Entschiedenheit ihrer Hauptaufgabe zuwenden, nämlich qualifizierten Antragstellern aus Mittel- und Osteuropa Beratung, Fremd- und Eigenkapitalfinanzierungen sowie technische Hilfen zu gewähren, die darauf abzielen, den marktwirtschaftlichen Übergangsprozeß zu unterstützen als auch private und unternehmerische Initiativen zu fördern. Dabei gilt es, für die Bank zu einer besseren organisatorischen Struktur zu kommen, die stärker an die Vielfalt der Empfängerländer angepaßt und besser auf deren individuelle Beschaffenheit und Erfordernisse ausgerichtet ist. Neben der Hilfe beim Aufbau von privaten Bankinstituten hat die Osteuropa-Bank auch eine wichtige Rolle bei der Unterstützung des Wiederaufbaus und der Privatisierung von Unternehmen zu spielen sowie eine wirksamere und umweltverträglichere Energienutzung zu unterstützen.

Die Osteuropa-Bank weist einige besondere Merkmale im Vergleich zu anderen international tätigen Banken auf. Das Mandat der Bank verlangt von ihr ein besonderes Augenmerk für die Förderung demokratischer Institutionen und der Menschenrechte in den Nehmerländern. Die Bundesregierung muß mit dafür Sorge tragen, daß dieses Spezifikum der Bank voll zum Tragen kommt und dabei die Erkenntnis berücksichtigt wird, daß soziale Verelendung und wachsende Arbeitslosigkeit keine guten Rahmenbedingungen für das Erlblühen neuer Demokratien sind. Die Kommandowirtschaft darf also nicht durch einen barbarischen, unsozialen Manchester-Kapitalismus abgelöst werden.

Ein weiteres besonderes Merkmal stellt die Verpflichtung der Bank dar, mit ihren Förderungsaktivitäten zu einer umweltverträglichen und dauerhaften Entwicklung beitragen zu wollen. Insofern muß sich die Bank noch stärker als bisher sowohl an sozial- als auch an umweltverträglichen Industrialisierungsstrategien orientieren.

Bei all ihren Aktivitäten muß sich die neugeschaffene Osteuropa-Bank um eine wirksame Koordination mit den anderen bilateralen und multilateralen Gebern bemühen. Die Fehler, die aus einer unkoordinierten Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern her bekannt sind, wie zum Beispiel Doppelarbeiten oder wechselseitig kontraproduktive und letztlich schädliche Maßnahmen, dürfen sich hier nicht wiederholen.

(/12. August 1993/rs/ks)

Ja zu den Diäten, Nein zur Arbeit
Zur Präsenz der "Reps" im Europäischen Parlament

Von Detlev Samland MdB

Eine Untersuchung über die Tätigkeit der "Republikaner" in den letzten vier Jahren im Europäischen Parlament, die im Auftrag der Europäischen Sozialdemokraten durchgeführt wurde, kommt zu erschreckenden Ergebnissen: Gerade einmal 20 Prozent (von 519 nur 104) aller möglichen Sitzungstage der Ausschüsse in denen die REPS Mitglied sind, wurden von ihnen wahrgenommen.

Den Vogel abgeschossen hat einer, der große Versprechungen gemacht hat: Franz Schönhuber wollte "Deutschland als Nationalstaat voran bringen". Die deutschen Interessen hat er im zuständigen Politischen Ausschuß wahrlich gelungen vertreten: Von 45 Sitzungstagen war er gerade drei mal anwesend, im Ausschuß Jugend, Kultur und Bildung von 25 möglichen Tagen zwei mal.

Schönhuber ist mittlerweile auch der einzige der ehemals sechs auf dem Ticket der Republikaner gewählten REP-Abgeordneten. Denn die anderen fünf hat er rausgeschmissen. Drei sitzen als Mitglieder der Rechtsradikalen-Fraktion (Schodruch, Hessen; Köhler, Baden-Württemberg; Neubauer, München) im Parlament. Zwei als Fraktionslose und Parteilose (Schlee, Schleswig-Holstein; Grund, Bayern) im Parlament.

Aber auch mit den anderen Themen, mit denen die REPS um Stimmen warben, sind sie wie Schönhuber umgegangen. Harald Neubauer, München, ehemaliger NPD-Funktionär, enger Vertrauter des DVU-Chefs Gerhard Frey, Sprecher der Republikaner bis zu seinem Austritt, vertritt jetzt als Parteivorsitzender die "Deutschen Liga" (und nicht mehr die REPS, durch die er ins Parlament kam) wollte sich für die Errungenschaften Deutschlands (zum Beispiel das Reinheitsgebot des Bieres) stark machen. Im zuständigen Ausschuß für Umweltfragen und Verbraucherschutz war er gerade mal von 25 Tagen null Tage, also null Prozent anwesend, im Außenwirtschaftsausschuß, der sich zum Beispiel mit den Fragen der weltweiten Handelspolitik beschäftigt von 45 Tagen sieben mal, also 15 Prozent.

Der ehemalige REP Schodruch hat sich durch Fleiß im Haushaltskontrollausschuß hervor getan, denn von 70 Sitzungstagen war er elf mal oder 15 Prozent anwesend. Und schließlich der Abgeordnete Köhler, Kriminalbeamter und mit dem flotten Spruch auf den Lippen, er wolle die "internationale Kriminalität bekämpfen", ist sicherheits halber erst gar nicht in den zuständigen Ausschuß gegangen. In denen er aber benanntes Mitglied ist, hat er sich auch vornehm zurückgehalten: im Umweltausschuß von 45 Tagen an zehn Tagen, im Energie- und Forschungsausschuß von möglichen 25 Tagen kein einziges mal.

Lediglich fünf Berichte sind von den REPS Schodruch (vier) und Grund (ein) bearbeitet worden. Und dabei zu so gewichtigen Fragen wie "Koordinierung der Bedingungen für den Zugang und die Ausübung des Berufs des alpinen Bergführers in den Mitgliedstaaten der EG durch Johanna Grund. Und zum "Vorschlag der Kommission an den Rat für einen Beschluß über ein Mehrjahresprogramm zur Entwicklung der gemeinsamen Fremdenverkehrsstatistik" beziehungsweise zum "Vorschlag der Kommission an den Rat zur Einschränkung des Betriebes von Flugzeugen des Kapitals" durch Hans Günter Schodruch. Übrigens: Bei der Verabschiedung des Berichts im Ausschuß war Schodruch nicht anwesend.

Bezeichnend ist aber auch, daß die REPS von vornherein die Ausschüsse erst gar nicht belegt haben, in denen sie für ihre Wahlversprechen hätten kämpfen können: Sie waren weder im Agrarausschuß ("Die EG-Agrarpolitik ist verfehlt") noch im Währungsausschuß ("Wir retten die D-Mark"), noch im Haushaltsausschuß ("Deutschland darf nicht Zahlmeister sein") oder im Innenausschuß ("Bekämpfung der Drogenmafia") vertreten. Aus dem Spruch im Wahlkampf 1989 "Ja zu Europa - Nein zu dieser EG" haben die sechs ihr eigenes Motto gemacht: "Ja zu den Diäten - Nein zur Arbeit ist."

(-/12. August 1993/rs/ks)

Ein motivierendes Vermächtnis
Zum 80. Todestag von August Bebel

Von Rudolf Scharping
SPD-Partei-Vorsitzender

Vor 80 Jahren - am 13. August 1913 - starb der vielleicht bedeutendste Führer der deutschen Sozialdemokratie, ihr Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender, August Bebel.

Er war in jungen Jahren der erste Arbeiter im Deutschen Reichstag und vertrat die sozialdemokratische Arbeiterschaft viereinhalb Jahrzehnte lang als herausragender Parlamentarier, von den Arbeitern verehrt, von seinen Gegnern geachtet.

Als ihr langjähriger Vorsitzender hat er der Sozialdemokratie durch das unanfechtbare Beispiel seiner eigenen Persönlichkeit - seine Überzeugungstreue und Redlichkeit, seine Nähe zur Arbeiterschaft mit ihren Sorgen und Hoffnungen - in der schweren Zeit ihrer Verfolgung Opferbereitschaft und Siegeszuversicht vermittelt.

Bebel hat die Partei in den Turbulenzen ihrer jungen Jahre zusammengehalten und zusammengeführt. Er hat die SPD damit für lange geprägt als eine Partei, in der Unterschiede der Einschätzung zum inneren Leben gehören, die aber in den wichtigen Fragen zu gemeinsamem Handeln zusammenzufinden vermag.

Er hat der Sozialdemokratie auch den Weg zur verantwortungsbewußten Parlamentspartei gewiesen. Auch wenn sein Veränderungswille weit über die damaligen Zustände hinaus auf eine solidarische Gesellschaft der Freien und Gleichen zielte, hat die SPD im Reichstag unter Bebels Führung jede Chance zur praktischen Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Menschen ergriffen. Mit dieser praktischen Arbeit hat er das Vertrauen verdient, daß die Partei unter seiner Führung zur stärksten Kraft im deutschen Reichstag werden ließ.

Bebel war entschiedener Internationalist, aber niemals im Sinne der Preisgabe nationaler Interessen. Er erstrebte eine Zusammenarbeit der Völker, die nationalistische Enge und Borniertheit überwindet. Er verband den leidenschaftlichen Kampf gegen den Militarismus der deutschen Gesellschaft mit dem entschlossenen Willen zur Verteidigung des eigenen Vaterlands gegen Angriffe.

Bebel starb im Jahr bevor die Politik und die Politiker, gegen die er unermüdlich angekämpft hatte, Europa in Brand setzten. Die Leidenschaft, Glaubwürdigkeit und Stetigkeit, mit der Bebel für eine gerechte Gesellschaft in einer friedfertigen Welt kämpfte und mit denen er seine Partei in schwierigster Zeit zu Opferbereitschaft und Zukunftstrauen motivierte, bleiben für seine Partei auch in Zukunft ein verpflichtendes Vermächtnis.

(-/12. August 1993/rs/ks)
